

Arbeitsmarktpolitischer Workshop der SPD-Bundestagsfraktion

Am 25. Oktober 2010 fand in der SPD-Bundestagsfraktion ein Workshop zu „arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen der Zukunft“ statt. Viele Fachleute aus den Ländern, der Arbeitsverwaltung, den Wohlfahrtsverbänden und den Gewerkschaften haben sich hier zu Gegenwart und Zukunft der Arbeitsmarktpolitik ausgetauscht.

Bei den Arbeitsmarktmaßnahmen wurde die Fortführung der Arbeitsgelegenheiten durchaus befürwortet, doch mit einer längeren Laufzeit, unter einer höheren Nutzung von Qualifizierung und unter (zwingender) Verbindung mit Beratungs- und Therapieleistungen. Auch sollte mehr Ehrlichkeit bei den Eingliederungsvereinbarungen an den Tag gelegt werden, sie sollten über einen längeren Zeitraum abgeschlossen werden. Die Zahl der Arbeitsmarktinstrumente sei insgesamt zu hoch, auch müsse man sich von ständiger „Scheinevaluierung“ verabschieden.

Zum Thema „Ausbildung“ wurde verdeutlicht, wer gesellschaftlich die Verantwortung für die berufliche Ausbildung zu tragen hat. Dies sei die Wirtschaft, die auch den Fachkräftebedarf geltend mache. Sie könne sich nicht ständig auf fehlende Ausbildungsreife der Bewerber berufen, sondern müsse selbst mit kombinierten Maßnahmen Verantwortung übernehmen. Ein Recht auf Ausbildung für alle stehe zur Diskussion, schließlich gebe es auch ein Recht auf Studium. Bemängelt wurde auch, dass die Struktur der Ausbildung nicht zur Struktur des Arbeitsmarktes passe. So werde in einfachen Lehrberufen zu viel, in anderen viel zu wenig ausgebildet.

Die „Weiterbildung“ gehöre erheblich verstärkt. So hinke die deutsche Wirtschaft bei der Weiterbildung ihrer Arbeitnehmer erheblich zurück. Unter anderem die Zeitarbeitsbranche müsse zur Weiterbildung verpflichtet werden. Verschiedene Länder haben bereits Weiterbildungsinitiativen gegründet.

Dies gibt nur ein kleines Schlaglicht wider. Die SPD-Bundestagsfraktion wird um die Jahreswende ein umfangreiches Programm im Bundestag fordern.

Zu den Forderungen der SPD-Bundestagsfraktion bei prekären Arbeitsverhältnissen:

- Der Niedriglohnsektor wächst weiter, und dennoch weigert sich die Bundesregierung, endlich einen flächendeckenden Mindestlohn einzuführen. Ab Mai 2011 gilt in den EU-Staaten die Arbeitnehmerfreizügigkeit. Bis dahin müssen die deutschen Arbeitskräfte vor Lohndumping geschützt werden. Der Ausbeutung ausländischer Arbeitskräfte muss ein Riegel vorgeschoben werden. Wir brauchen einen gesetzlichen Mindestlohn.

- Auch die Leiharbeit hat viele der früheren Arbeitslosen aufgenommen. Deren arbeitsrechtliches Schutzniveau jedoch liegt deutlich unter dem der Stammbeschafteten. Der sogenannte Klebeffekt ist gering, nur sieben Prozent schaffen es laut IAB in ein reguläres Arbeitsverhältnis. Für die meisten ist Leiharbeit der Weg in eine dauerhafte "Job-Hopping-Karriere" ohne gefestigte Zukunftsperspektive.
- Auch die Zahl befristeter Arbeitsverhältnisse steigt, während reguläre und existenzsichernde Vollarbeitsverhältnisse zur Ausnahme werden.